


Niederschrift der weiterführenden Sitzung des Stadtrates am 11.04.2019

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	18:45 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzende:	Frau Pelke
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
9.	Entscheidungsvorlagen	
9.8.	Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen Einr.: Fraktion SPD	2662/18
9.8.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2662/18 - Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen	0258/19

9.8.2.	Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2662/18 - Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen	0693/19
9.12.	Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 35 für den Bereich Hochheim "Gothaer Straße / östlich Wartburgstraße" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	0079/19
9.13.	Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der KoWo-Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0083/19
9.13.1.	Antrag der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur DS 0083/19 - Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der KoWo-Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt	0689/19
9.16.	Bebauungsplan HOH716 "Parkplatz Gothaer Straße / Wartburgstraße", Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	0156/19
9.23.	Mehr kulturelle Aktivitäten in der Stadt ermöglichen Einr.: Fraktion SPD	0381/19
9.24.	Stadtgarten vor Vandalismus bewahren Einr.: Fraktion SPD	0392/19
9.25.	Nicht von Pappe - Erfurt auf dem Mehrweg! Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0456/19
9.27.	1. Fortschreibung zum Wirtschaftsplan 2019 der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0471/19
9.28.	Raum für Baumpflanzungen erhalten oder zu schaffen Einr.: Fraktion SPD	0575/19
9.29.	Mit Kind unterwegs - Wickel- und Stillmöglichkeiten in Erfurt Einr.: Fraktion CDU	0598/19

10. Informationen

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

In Vertretung des Oberbürgermeisters, Herr Bausewein, eröffnete die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke, die weiterführende Sitzung des Stadtrates und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, die Beigeordneten sowie die Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter und Gäste.

Sodann übergab sie die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Frau Pelke begrüßte alle Anwesenden und gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag vom Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktionen für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Frau Pelke gab bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt 28 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren. Da mindestens 26 Mitglieder des Stadtrates anwesend sein müssen, war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Weiterhin wies Frau Pelke darauf hin, dass keine Pause stattfindet.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass die Änderungen zur Tagesordnung bereits in der Sitzung am Vortag bekannt gegeben wurden.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht.

9. Entscheidungsvorlagen

9.8. Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen 2662/18 Einr.: Fraktion SPD

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 06.02.2019 in die zuständigen Ausschüsse.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0258/19 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache. Dieser Antrag wurde vom Einreicher am 09.04.2019 zurückgezogen, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Der Jugendhilfeausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 04.04.2019 inkl. des geänderten Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0258/19) einstimmig (Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Bau- und Verkehrsausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 04.04.2019 inkl. des geänderten Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0258/19) mehrheitlich (Ja 5 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0).

Zudem lag ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0693/19 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache sowie den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0258/19).

Zu Beginn hinterfragte Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, die Stellungnahme der Verwaltung bezugnehmend auf die Einordnung der Thematik in den übertragenen Wirkungskreis und dessen Auswirkungen im Falle eines Beschlusses.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte die Diskussionen zur Thematik aus der Beratung des Bau- und Verkehrsausschusses und des Jugendhilfeausschusses am 04.04.2019. Infolge dessen wurde der gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0693/19) erstellt, der die Ursprungsdrucksache ersetzt und zum Ziel habe, ein Pilotprojekt an einigen Kitas in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Erfurt

zu erarbeiten. Dies solle als Hilfestellung für die Eltern dienen und vorerst keine allgemeine Vorschrift sein.

Der Beigeordnete für Bau und Verkehr, Herr Hilge, wies darauf hin, dass sich die Stellungnahme zur Ursprungsdrucksache (Drucksache 2662/18) auf den übertragenen Wirkungsbereich bezog. Der ersetzende gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0693/19) beinhaltete die Prüfung des Pilotprojektes für die Verwaltung. Hierzu werde die Stadtverwaltung Erfurt gemeinsam mit der oberen Verkehrsbehörde die Möglichkeiten erörtern, um ein solches Pilotprojekt zu ermöglichen.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies weiterführend darauf hin, dass es sich bei dem vorzubereitenden Pilotprojekt insbesondere um Zielstellungen und Maßnahmen handelt, die über die Straßenverkehrsordnung hinaus gehen und somit ein intuitives Handeln der Autofahrer verlangt.

Auf die Nachfrage von Herrn Kallenbach, Fraktion CDU, an die einreichen Fraktionen der Drucksache 0693/19 wie die fehlenden personellen Kapazitäten abgedeckt werden sollen, erklärte Herr Kanngießer, dass sich die Stadtverwaltung um Fördergelder bemühen solle und somit die Umsetzung des Projektes kompatibel werde.

Daraufhin erklärte Herr Kallenbach, dass seine Fraktion die Intention des Antrages durchaus unterstütze, aber die Umsetzung aufgrund des personellen Aufwandes und den – gemäß der Stellungnahme der Verwaltung – fehlenden personellen Kapazitäten in Frage stelle. Eventuell mit einem anderen Termin oder unter den notwendigen haushalterischen Voraussetzungen könne seine Fraktion dem Antrag zustimmen, aber in der momentanen Fassung sei dies nicht der Fall, erklärte Herr Kallenbach.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, ermutigte zum schnellstmöglichen Start des Projektes, warb für die Einbindung der Fachhochschule Erfurt und sicherte die volle Zustimmung seiner Fraktion zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache in Fassung des gemeinsamen Antrages der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0693/19) auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum Schuljahresbeginn 2019/2020 ein Pilotprojekt zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf Schulwegen sowie im direkten Umfeld Erfurter Kindertageseinrichtungen unter wissenschaftlicher Begleitung der FH Erfurt zu initiieren.

02

Der Oberbürgermeister wird hierzu beauftragt, dem Ausschuss Bildung und Sport, dem Jugendhilfeausschuss sowie dem Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile drei Schulen und drei Kindertageseinrichtungen als geeignete Projektpartner vorzuschlagen. Schulen und Kindertageseinrichtungen können sich auch selbstständig um eine

Teilnahme bewerben und werden der Vorschlagsliste hinzugefügt. Die Fachausschüsse bestätigen durch Beschluss drei Schulen und drei Kitas zur Teilnahme am Pilotprojekt.

03

Das vorzubereitende Pilotprojekt beinhaltet folgende Zielstellungen:

- (a) Durch das Pilotprojekt soll die Verkehrssituation im direkten Umfeld der ausgewählten Schulen und Kitas verbessert werden. Das Ziel soll sein, dass in der Nähe der Einrichtungen zukünftig der Hol- und Bringeverkehr der Schülerinnen, Schüler und Kinder deutlich besser organisiert wird. Hierdurch sollen vor allem Verkehrsfährdungen vermieden werden, die dadurch im unmittelbaren Umfeld der Schulen und Kitas entstehen.
- (b) Das Tiefbau und Verkehrsamt, das Jugendamt sowie das Amt für Bildung suchen in Rücksprache mit den am Pilotprojekt beteiligten Schulen und Kindertageseinrichtungen einen geeigneten Standort für eine sichere Hol- und Bringzone im Umfeld der Einrichtungen und legen diese bei Möglichkeit fest. Ziel ist es, den Bring- und Abholverkehr aus den oftmals engen Bereichen im direkten Umfeld, an einen sicheren Umsteigepunkt zu verlagern.
- (c) Maßgebend für eine Beteiligung am Pilotprojekt ist ein Beschluss der Schulkonferenz bzw. die Zustimmung der Elternvertreter einer Kindertageseinrichtung.
- (d) Es erfolgt eine Aufklärungs- sowie Verkehrserziehungskampagne, um bei Kindern, Eltern, Erziehern und Lehrern die notwendige Sensibilität für das Thema zu schaffen und dafür zu werben, die Kinder zu Fuß zur Schule zu schicken oder in die Kindertageseinrichtung zu begleiten.
- (e) Im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt werden begleitende Maßnahmen wie z.B. der Einsatz und die Unterstützung von Schülerlotsen, verkehrstechnische Umorganisation sowie ggf. bauliche Veränderung an Wegebeziehungen mit den zuständigen Behörden erörtert und zur Umsetzung empfohlen.

04

Der Stadtrat ist am Ende der Projektphase über die Erfahrungen und mögliche allgemein übertragbare Maßnahmen zu informieren.

05

Zur Finanzierung des Pilotprojekts ist zu prüfen, inwieweit hierfür Fördermittel beim Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft oder/und beim Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz akquiriert werden können. Das hier geforderte Pilotprojekt sollte dafür auch Konzepte der intuitiven Verkehrsführung beinhalten.

06

Es ist zudem ein Pilotprojekt zu entwickeln, welches explizit das Rad als Verkehrsmittel für den Schulweg einbezieht. Für den Bereich der Kindergärten bzw. der Tagesmütter ist zu prüfen, in wieweit Fahrradtaxen als Verkehrsmittel einbezogen werden können.

9.8.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2662/18 - Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen 0258/19

Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag

9.8.2. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2662/18 - Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen 0693/19

bestätigt

9.12. Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 35 für den Bereich Hochheim "Gothaer Straße / östlich Wartburgstraße" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister 0079/19

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass dieser TOP gemeinsam mit dem TOP 9.16 beraten und getrennt abgestimmt wird.

Zum TOP 9.12 – Drucksache 0079/19 – gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Ortsteilrat Schmira die Drucksache in seiner Sitzung am 25.03.2019 bestätigte (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 26.03.2019 mehrheitlich (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Zum TOP 9.16 – Drucksache 0156/19 – gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Ortsteilrat Hochheim die Drucksache in seiner Sitzung am 25.03.2019 bestätigte (Ja 2 Nein 1 Enthaltung 5).

Der Ortsteilrat Schmira bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 25.03.2019 ebenfalls (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 26.03.2019 (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der BUGA-Ausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 09.04.2019 einstimmig (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

An der gemeinsamen Beratung beider Drucksache beteiligten sich:

- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sicherte die Unterstützung seiner Fraktion zu beiden Vorhaben unter Beachtung der Protokollnotiz zur Drucksache 0156/19 aus dem BUGA-Ausschuss vom 09.04.2019 zu. Insbesondere begrüßte er die Errichtung von Park & Ride-Parkplätzen.

- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, stimmte im Namen seiner Fraktion beiden Vorhaben sowie der Schaffung von zusätzlichen Park & Ride-Parkplätzen zu. Zudem bat er um die Prüfung im weiteren Verfahren, ob eine weitere Ausfahrt vom Parkplatz Gothaer Straße / Wartburgstraße möglich ist.
- Hierzu ging eine Mitarbeiterin des Tiefbau- und Verkehrsamtes auf die Gegebenheiten vor Ort ein und erklärte, dass bereits eine zweite Ausfahrt geprüft wurde und ein zusätzlicher Knotenpunkt zu Schwierigkeiten im Verkehrsfluss führen würde. Weiterhin wies sie darauf hin, dass Standplätze für Fahrräder geplant seien.
- Herr Kallenbach bemerkte abschließend, dass er keinen Knotenpunkt gemeint habe, sondern die Möglichkeit der Schaffung einer zweiten Ausfahrt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende zur getrennten Abstimmung der Drucksachen auf.

Zunächst erfolgte die Abstimmung der Drucksache 0079/19 unter TOP 9.12.

beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Zwischenabwägung zu den bisher von der Öffentlichkeit und Behörden eingegangenen Stellungnahmen. Das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 4) ist Bestandteil des Beschlusses.

02

Der Entwurf der Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 35 für den Bereich Hochheim "Gothaer Straße / östlich Wartburgstraße" in seiner Fassung vom 15.01.2019 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

03

Der Entwurf der Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 35 für den Bereich Hochheim "Gothaer Straße / östlich Wartburgstraße", dessen Begründung inklusive Umweltbericht sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB zu beteiligen.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 1 a – d beigelegt.)

Anschließend rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache 0156/19 unter TOP 9.16 auf. Diese wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

ebenfalls beschlossen.

9.13. Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der KoWo- 0083/19 Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 28.03.2019 in getrennter Abstimmung die Drucksache wie folgt votierte:

→ Abstimmung der Beschlusspunkte 01, 03, 04 und 05 im Block:
bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0)

→ Abstimmung des Beschlusspunktes 02:
bestätigt (Ja 5 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0)

Es lag ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 0689/19 vor. Dieser änderte den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem erklärte die Stadtratsvorsitzende, dass gemäß der Festlegung im Hauptausschuss die Beschlusspunkte 01, 03, 04 und 05 im Block abgestimmt werden.

Zu Beginn teilte Herr Staufenbiel, Fraktion CDU, mit, dass er die Drucksache ablehnen werde und begründete dies.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, verwies auf die alljährliche Diskussion zur Thematik und begründete die Ablehnung der Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt in Höhe von 500.000 Euro. Nach der Intention des gemeinsamen Antrages mit der Fraktion CDU solle der Jahresüberschuss in der KoWo verbleiben und in andere Gewinnrücklagen eingestellt werden, erklärte Herr Stampf.

Anderer Ansicht war Herr Warnecke, Fraktion SPD, und nahm zugleich Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung. Die 500.000 Euro sind im Haushaltplan 2019/2020 eingeplant und dieser ist im März vom Stadtrat beschlossen worden, bemerkte Herr Warnecke und fragte die Einreicher des Antrages (Drucksache 0689/19) warum in der Haushaltsdiskussion kein Gegenvorschlag zur Finanzierung der 500.000 Euro gekommen ist.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab bekannt, dass seine Fraktion der vorliegenden Ursprungsdrucksache zustimmen werde, jedoch alle weiteren Schritte, die mit der KoWo angedacht seien, nicht unterstützen werde.

Abschließend führte der Beigeordnete für Finanzen und Wirtschaft, Herr Linnert, zur Drucksache aus und begründete die Notwendigkeit der Ausschüttung der 500.000 Euro an die Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, erläuterte die Stadtratsvorsitzende den Abstimmungsvorschlag.

Gemäß diesem erfolgte zunächst die Blockabstimmung der Beschlusspunkte 01, 03, 04 und 05 der Ursprungsdrucksache.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	0

Damit wurden diese Punkte beschlossen.

Anschließend rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 0689/19), der den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache änderte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	17
Enthaltungen:	0

Somit wurde dieser Antrag abgelehnt.

Dementsprechend erfolgte abschließend die Abstimmung des Beschlusspunktes 02 der Ursprungsdrucksache. Mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	11
Enthaltungen:	2

wurde dieser Punkt ebenfalls beschlossen.

Beschluss:

01

Der Jahresabschluss 2018 der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt mit einer Bilanzsumme von 308.657.116,57 EUR und einem Jahresüberschuss von 1.717.774,27 EUR wird festgestellt.

02

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2018 in Höhe von 1.717.774,27 EUR wird wie folgt verwendet:

- a) 500.000 EUR Ausschüttung an die Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt;
- b) Einstellung des verbleibenden Betrages in Höhe von 1.217.774,27 EUR in „Andere Gewinnrücklagen“.

Der an die Gesellschafterin auszuschüttende Betrag ist vier Wochen nach Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung fällig.

03

Der Geschäftsführer Herr Friedrich Hermann wird für das Geschäftsjahr 2018 entlastet.

04

Der Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2018 entlastet.

05

Als Abschlussprüfer der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt für die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 einschließlich der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz und des Lageberichtes 2019 wird die ETL AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Niederlassung Erfurt, bestellt. Der Prüfungsbericht ist der Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

9.13.1. Antrag der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur DS 0083/19 - Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der KoWo-Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt 0689/19

abgelehnt Ja 13 Nein 17 Enthaltung 0 Befangen 0

9.16. Bebauungsplan HOH716 "Parkplatz Gothaer Straße / Wartburgstraße", Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung 0156/19
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 9.12

beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Geltungsbereich wird gegenüber dem Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss Nr. 0851/18 vom 28.06.2018 geändert und entsprechend der zeichnerischen Festsetzungen des Entwurfs des Bebauungsplanes HOH716 "Parkplatz Gothaer Straße / Wartburgstraße" (Anlage 2) begrenzt.

02

Der Entwurf des Bebauungsplanes HOH716 "Parkplatz Gothaer Straße / Wartburgstraße" (Anlage 2) in seiner Fassung vom 20.02.2019 und dessen Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

03

Der Entwurf des Bebauungsplanes HOH716 "Parkplatz Gothaer Straße/Wartburgstraße", dessen die Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 2 a – d beigelegt.)

9.23. Mehr kulturelle Aktivitäten in der Stadt ermöglichen 0381/19
Einr.: Fraktion SPD

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Der Stadtrat war zur Beratung der Drucksache in seiner Sitzung am 21.03.2019 nicht mehr beschlussfähig, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Zu Beginn erläuterte Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, die Intention der Drucksache seiner Fraktion. Hierbei solle nicht die bisherige Arbeit der Kulturdirektion kritisiert, sondern lediglich die Vereinfachung bzw. Bündelung einiger Verfahrensschritte ermöglicht werden.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies in seinen Ausführungen auf das Platznutzungskonzept und den Dialog zur Thematik und sicherte die Zustimmung seiner Fraktion zu. Zugleich betonte er deutlich, dass dies eine fraktionsübergreifende Thematik sei und nicht ausschließlich die Idee der Fraktion SPD.

Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, ging ebenfalls auf das Platznutzungskonzept und damit einhergehende Probleme für kulturelle Veranstaltungen in der Landeshauptstadt Erfurt ein. Es müsse eine Vereinfachung der Bürokratie erfolgen, um mehr Künstler in die Stadt Erfurt zu bringen, ermahnte er und bat um Zustimmung zur Drucksache.

Abschließend führte der zuständige Beigeordnete für Kultur und Stadtentwicklung, Herr Dr. Knoblich, zur Drucksache aus. In seinen Ausführungen ging er auf die Fördermöglichkeiten ein, zeigte die Schwierigkeiten einer einheitlichen Lösung auf und stellte eine aktuell erarbeitete Checkliste für Veranstaltungsplanungen¹ vor. Seiner Ansicht nach sei eine Beschlussfassung des Stadtrates über die eingereichte Drucksache nicht erforderlich.

¹ Die Checkliste wurde durch die Kulturdirektorin an die Stadtratsmitglieder verteilt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Erstellung eines auf die wesentlichsten Vorgaben beschränkten Anforderungskataloges, welche bei der Planung und Durchführung einer temporären kulturellen oder soziokulturellen Aktivität auf städtischen Plätzen einzuhalten sind.

02

Die Kulturdirektion erarbeitet ein Handout für Veranstalter über die Durchführung und Meldepflichten.

03

Das Handout sowie der Anforderungskatalog sind dem Stadtrat bis Mai 2019 vorzulegen.

**9.24. Stadtgarten vor Vandalismus bewahren
Einr.: Fraktion SPD**

0392/19

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Der Stadtrat war zur Beratung der Drucksache in seiner Sitzung am 21.03.2019 nicht mehr beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, erläuterte die Intention der Drucksache seiner Fraktion und begründete die Aufrechterhaltung der Drucksache – unabhängig davon, dass parallel ein neuer Betreiber für den Stadtgarten beschlossen werden solle. Falls es zu eventuellen Bauverzögerungen oder ähnlichen Zwischenfällen kommen sollte, soll eine kulturelle Zwischennutzung, zu denen ggfls. die Interessenten auch ihr eigenes Equipment mitbringen, gewährleistet sein.

Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, vertrat hierzu eine andere Sichtweise. Der neue Betreiber sicherte eine schnelle Abwicklung der Baumaßnahmen zu und sei gewillt bereits erste Veranstaltungen Ende dieses Jahres durchzuführen. Dahingehend wäre dieser Beschluss ein falsches Signal und schüre Missverständnisse, erklärte Herr Stassny.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zur Drucksache.

Herr Stassny sah es als fraglich an, ob in der Bauphase überhaupt Veranstaltungen vor Ort möglich sind.

Herr Dr. Beese erklärte nochmals, dass dieser Beschluss nur für den Ausnahmefall gelten solle. Falls der Vertrag mit dem neuen Betreiber schnell zu Stande kommt, dann sei der Beschluss obsolet, verkündete er.

Daraufhin fragte Herr Stassny die Verwaltung, wie – falls es zu Schwierigkeiten im Verfahren mit dem neuen Betreiber kommt – ein Bürger den Raum des Stadtgartens für Veranstaltungen mieten könne.

Hierzu erklärte Herr Hilge, Beigeordneter für Bau und Verkehr, das die Stadtverwaltung - gemäß Beschlusspunkt 03 – dies wohlwollend bearbeiten werde. So die Theorie. In der Praxis müssen die Möglichkeiten und Pläne des jeweiligen Interessenten erörtert werden und entsprechend für eine temporäre Zwischennutzung abgewogen werden. Diese Möglichkeit solle auch nur für den Notfall gelten, falls es zu Zwischenfällen im Verfahren mit dem neuen Betreiber kommen sollte. Davon gehe er jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht aus, betonte Herr Hilge.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 23 Nein 0 Enthaltung 9 Befangen 0

Beschluss:

01

In der Zeit bis zum Beginn der Bauarbeiten durch einen neuen Betreiber ermöglicht die Stadtverwaltung die gelegentliche kulturelle Zwischennutzung des Stadtgartens durch Interessenten.

02

Die Immobilie wird in dieser Zeit nicht von den Medien getrennt.

03

Entsprechende Anträge auf temporäre Nutzung werden wohlwollend bearbeitet.

04

Die Möglichkeit der Zwischennutzung wird auf geeignete Weise bekanntgemacht.

**9.25. Nicht von Pappe - Erfurt auf dem Mehrweg!
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

0456/19

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Der Stadtrat war zur Beratung der Drucksache in seiner Sitzung am 21.03.2019 nicht mehr beschlussfähig, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Die Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN kündigten im Vorfeld der Sitzung einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt an, so die Stadtratsvorsitzende.

Zu Beginn erläuterte Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention der Drucksache seiner Fraktion und bat um Zustimmung.

Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE., sicherte die Zustimmung ihrer Fraktion zu.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, stellte in Frage, ob die Thematik der Drucksache Aufgabe der Stadtverwaltung Erfurt sei und begründete somit den Antrag seiner Fraktion auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Bezugnehmend auf seinen Vorredner erklärte Herr Kanngießer, dass es seiner Fraktion um die Initiative und die Vermittlung zwischen der Stadtverwaltung und den in der Landeshauptstadt Erfurt ansässigen Händlern gehe. Die finanziellen Mittel seien nicht enorm und sollten aus dem städtischen Haushalt erbracht werden, bemerkte Herr Kanngießer und bat um Zustimmung zur Drucksache.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktionen CDU auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zur Abstimmung auf. Mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	3

wurde dieser Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

9.27. 1. Fortschreibung zum Wirtschaftsplan 2019 der KoWo 0471/19
Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 28.03.2019 bestätigte (Ja 5 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0).

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kündigte im Vorfeld der Sitzung einen Antrag auf Vertagung der Drucksache an, so die Stadtratsvorsitzende.

Zunächst begründete Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Vertagung der Drucksache. Nach Ansicht seiner Fraktion solle die Drucksache gemeinsam mit der angekündigten Vorlage zur Gründung des Eigenbetriebs Schulen behandelt werden.

Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., ging auf die inhaltlichen Festsetzungen des Wirtschaftsplanes der KoWo ein. Nach Ansicht seiner Fraktion werde die Gründung des Eigenbetriebes kritisch gesehen, da dieser nicht gleichzeitig die Schulen finanzieren könne, erklärte Herr Dr. Duddek und signalisierte die Ablehnung der Drucksache.

Dieser Sichtweise schloss sich Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, an und hinterfragte den aktuellen Stand des Verfahrens zur Gründung des Eigenbetriebes für die Schulen.

Daraufhin betonte der zuständige Beigeordnete für Bau und Verkehr, Herr Hilge, dass diese Drucksache nichts mit dem Eigenbetrieb für die Schulen gemein hätte. Die Festsetzungen des Wirtschaftsplans wurden bereits mit dem Beschluss des Haushaltsplanes 2019/2020 im Stadtrat im März beschlossen und bei einer jetzigen Ablehnung der Drucksache 0471/19 wäre der Haushaltsplan 2019/2020 in Gefahr, erklärte Herr Hilge. Zudem führte er zum Verfahren hinsichtlich der Grundstücksverkäufe aus und betonte die Vorteile für die KoWo und die Landeshauptstadt Erfurt.

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, bat um Zustimmung zum vorliegenden Wirtschaftsplan. Mit Bezug auf die Aussagen von Herrn Dr. Duddek hielt er es für unredlich, den Mietern der KoWo Mieterhöhungen zu suggerieren.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte die Rede von Herrn Dr. Duddek und sprach sich ebenfalls gegen die Drucksache aus.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Damit rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Vertagung der Drucksache zur Abstimmung auf. Dieser Antrag wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	19
Enthaltungen:	2

abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache.

beschlossen Ja 19 Nein 11 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss:

Die 1. Fortschreibung zum Wirtschaftsplan 2019 der KoWo – Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt, Stand 06.03.2019, gem. Anlage 1 wird festgestellt.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.)

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Die Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN kündigte im Vorfeld der Sitzung einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss an, so die Stadtratsvorsitzende.

Zu Beginn erläuterte Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, die Intention der Drucksache seiner Fraktion und hinterfragte zugleich die Stellungnahme der Verwaltung, die zunächst den Antrag begrüßte und abschließend doch ablehnte. In seinen Ausführungen verwies er auf einige Studien zu diesem Thema und regte an, dass sich das Tiefbau- und Verkehrsamt eingehend mit der Thematik beschäftigt und Umsetzungsmöglichkeiten für die Einbindung von Stromleitungen in die Gehwege ohne die Verletzung von Baumwurzeln erarbeitet.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte die Drucksache und bekräftigte die Aussagen von Herrn Dr. Warweg. Von Seiten seiner Fraktion werde die Erstellung eines Maßnahmenplans unterstützt, erklärte er und verwies zugleich auf den Beschluss der Drucksache 0328/18 - Bestandsbäume in Bebauungsplänen und bei Baumaßnahmen - seiner Fraktion aus dem Vorjahr und insbesondere auf den Beschlusspunkt 04, der lautete:

Die Stadtverwaltung nutzt hierzu den aktuellen Stand der Technik sowie neueste Erkenntnisse bei der Pflanzung von Bäumen in Städten, insbesondere bzgl. der Einordnung bei vorhandenem Leitungsbestand und der Sicherung von ausreichendem Wurzelraum.

Dieser solle ebenfalls berücksichtigt werden, schlug Herr Kanngießer vor.

Bezugnehmend auf diese Drucksache und den zu erstellenden Maßnahmenplan bat er – mit Zustimmung der einreichenden Fraktion SPD – um folgende Protokollfestlegung:

In den Maßnahmenplan soll es nicht nur um die Leitungsfreiheit unter Gehwegen gehen, sondern es sollen auch weitere Maßnahmen und Möglichkeiten geprüft werden, um ein verträgliches Miteinander zwischen Baumwurzeln und Leitungen zu ermöglichen.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung zur vorliegenden Drucksache. Hieraus wurde deutlich, dass es nicht möglich sei die Leitungen in die Gehwege zu legen. Dahingehend fragte er nach, wo die Leitungen nach Ansicht der Einreicher verlegt werden sollen. Für eine eingehende Erörterung der Thematik begrüßte er den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, hinterfragte ebenfalls das Ansinnen der einreichenden Fraktion mit dem Verweis auf die Stellungnahme der Verwaltung, in der die Umsetzung des Vorhabens abgelehnt wurde. Zugleich fragte er die Verwaltung welche Möglichkeiten zur Thematik gesehen werden.

Hierzu führte Herr Hilge, beigeordneter für Bau und Verkehr, aus und schlug folgende Änderung in der Formulierung des Beschlusswortlautes vor:

01

Der Stadtrat fordert den Oberbürgermeister auf einen Maßnahmenplan zur innerbehördlichen Abstimmung zu erstellen, der bei Straßensanierungs- und Straßenneubaumaßnahmen im Altstadtbereich und im Gründerzeitgürtel Festlegungen trifft, ~~die Bereiche der Fußwege von Versorgungsleitungen frei zu halten, um Raum für Baumpflanzungen zu erhalten bzw. zu schaffen.~~ die Versorgungsleitungen in Fußwegen oder in Straßen so zu gestalten, dass Raum für Baumpflanzungen zu erhalten bzw. zu schaffen ist.

Daraufhin erklärte Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, dass seine Fraktion den Änderungsvorschlag übernimmt.

Infolge des Änderungsvorschlages zog Herr Stassny in Namen seiner Fraktion den Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss zurück und signalisierte die Zustimmung zum geänderten Beschlusswortlaut.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Damit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache inkl. der übernommenen Änderungen von Herrn Hilge und inkl. der Protokollfestlegung von Herrn Kanngießer auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 8 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat fordert den Oberbürgermeister auf einen Maßnahmenplan zur innerbehördlichen Abstimmung zu erstellen, der bei Straßensanierungs- und Straßenneubaumaßnahmen im Altstadtbereich und im Gründerzeitgürtel Festlegungen trifft, die Versorgungsleitungen in Fußwegen oder in Straßen so zu gestalten, dass Raum für Baumpflanzungen zu erhalten bzw. zu schaffen ist.

02

Dieser ist bis zum September 2019 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

9.29. Mit Kind unterwegs - Wickel- und Stillmöglichkeiten in Erfurt 0598/19
Eintr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Zu Beginn erläuterte Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, die Intention der Drucksache und bat um Zustimmung. In seinen Ausführungen ging er auf die bereits bestehenden Kooperationen des Oberbürgermeisters mit der Tourismusgesellschaft ein und bat um Prüfung, weitere Orte für Wickel- und Stillmöglichkeiten in Erfurt anzubieten und diese entsprechend bekannt zu machen.

Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sicherte die Zustimmung seiner Fraktion zur Drucksache zu. Bezugnehmend auf den Titel der Drucksache verwies er auf eventuell entstehende Missverständnisse und bat hierzu im Protokoll festzuhalten, dass es bei den Stillmöglichkeiten um „Rückzugsorte für die Betroffenen sowie um entsprechende Möglichkeiten im öffentlichen Raum“ geht.

Hierzu erhob sich kein Widerspruch.

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, sprach sich dafür aus, den Titel der Drucksache nicht über zu interpretieren. Es gehe vor allem darum, mehr Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen und diese auch bekannt zu geben, damit die Mütter bzw. Väter diese in Anspruch nehmen können. Ihre Fraktion werde der Drucksache zustimmen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., signalisierte ebenfalls die Zustimmung zur Drucksache und bat darum, den Wickeltisch nicht nur auf der Frauentoilette anzubieten.

Abschließend führte Herr Panse nochmals zu den Stillmöglichkeiten aus und bestätigte die Aussagen von Herrn Bender, dass hier Rückzugsmöglichkeiten sowie Möglichkeiten im öffentlichen Bereich angeboten werden sollen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 31 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Kooperation mit der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH Informationen darüber zu erfassen, in welchen Einrichtungen, Restaurants, Geschäften, Cafés etc. nach dem Motto "mit Kind unterwegs" Wickel- und Stillmöglichkeiten bereits bestehen und wo weitere etabliert werden können.

02

Die Veröffentlichung ist in geeigneter Form in Zusammenarbeit mit der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH zu prüfen.

03

Die Ergebnisse der Umsetzung sind dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und dem Stadtrat zur Sitzung bis Ende des 3. Quartals 2019 vorzulegen.

10. Informationen

Informationen gab es nicht. Damit beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, die Sitzung des Stadtrates.

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführer/in